

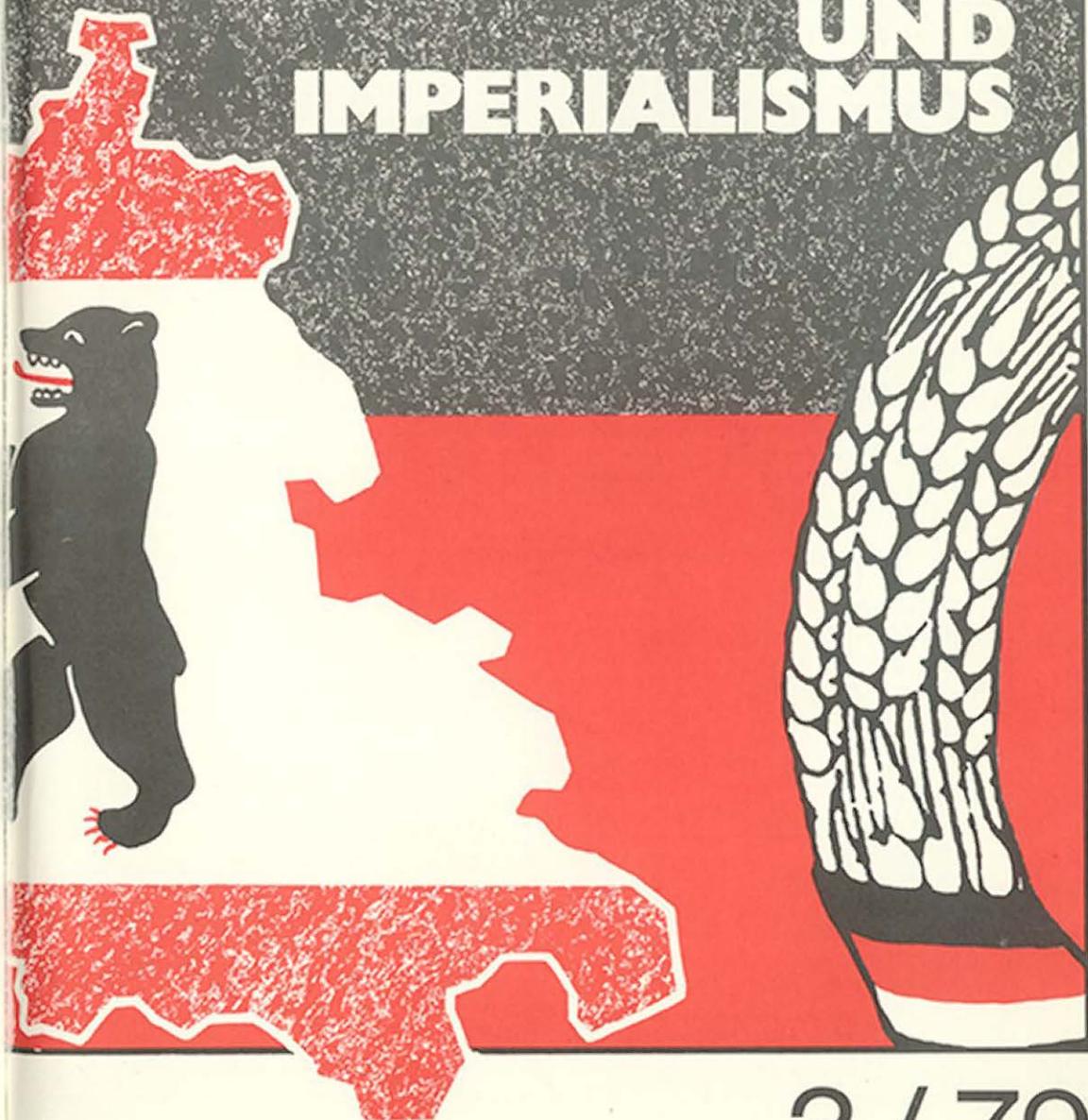
KONSEQUENT

Bibliothek 10
82 591
Blg. 11/12

Beiträge zur marxistisch-leninistischen
Theorie und Praxis

Herausgegeben vom Parteivorstand der
Sozialistischen Einheitspartei Westberlins

AN DER NAHTSTELLE VON SOZIALISMUS UND IMPERIALISMUS



3. Jahrgang

3 / 79

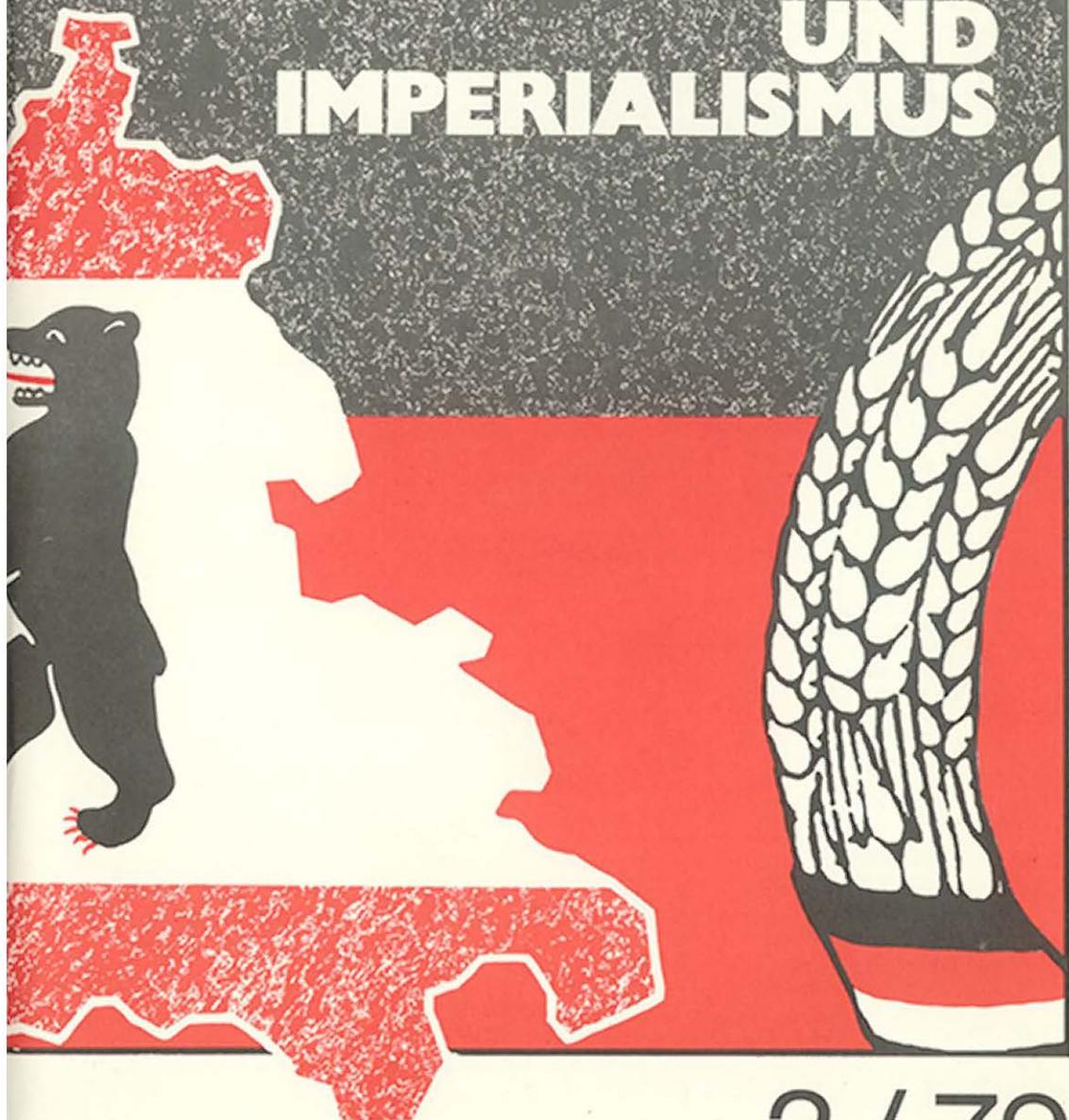
KONSEQUENT

Bibliothek 107
82 591
Politik
Geschichte

Träger der marxistisch-leninistischen
Theorie und Praxis

Herausgegeben vom Parteivorstand der
Sozialistischen Einheitspartei Westberlins

AN DER NAHTSTELLE VON SOZIALISMUS UND IMPERIALISMUS



Jahrgang

3 / 79

Vollbeschäftigung oder Dauerarbeitslosigkeit in Westberlin

Robert Katzenstein

Arbeitslosigkeit und Angst um den Arbeitsplatz sind zu einem brennenden Problem für den arbeitenden Menschen geworden, Rationalisierung zu einem Trauma. Um das Problem plastisch sichtbar zu machen, sei an die Spinnstofffabrik Zehlendorf erinnert, ein Werk des Hoechst-Konzerns. Dort wurde 1978 rationalisiert. Von ca. 1300 Beschäftigten wurden knapp 1000 entlassen, und die restlichen Beschäftigten können heute, von der Kapazität her gesehen, fast den gleichen Umsatz bringen wie vorher alle 1300 Beschäftigten zusammen.

Das Beispiel zeigt die ungeheuren Potenzen zur Produktivkraftsteigerung, die in der modernen Technik liegen. Zugleich zeigt sich in dieser technischen Entwicklung ein gegenüber früher neues Moment: Es gibt keine Zwischenstufen in der Kapazitätsentwicklung mehr. Die Leistungskraft der menschlichen Arbeit wird durch diese technischen Potenzen so sprunghaft gesteigert, daß sofort ein Mißverhältnis zwischen Kapazitäts- und Marktentwicklung aufklafft, wenn die Rationalisierung auf der einen Seite nicht durch Kapazitätsvernichtung auf der anderen Seite begleitet wird. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Markt ist gewissermaßen vorprogrammiert, und es wird durch die profit- und konkurrenzbestimmte Bewegung der Konzerne so massiert, daß es sich in *Struktur- und Regionalkrisen* niederschlägt, die über Jahre oder gar Jahrzehnte hinweg das wirtschaftliche Leben eines Zweiges bzw. einer Region bestimmen, d. h., früher zyklische Krisenerscheinungen nehmen heute chronischen Charakter an. Die Kehrseite dieser Medaille ist es dann, daß auch die Arbeitslosigkeit in weiten Bereichen langandauernd oder chronisch wird: Die Industrie kann auch im Aufschwung nicht mehr aufsaugen, was das Kapital im Zuge seiner Aneignung des technischen Fortschritts an Arbeitskräften freisetzt. Ein *ständiger Arbeitslosensockel* bildet sich heraus. In den USA liegt er z. B. seit den 60er Jahren schon bei etwa 5 % der erwerbstätigen Bevölkerung. In der BRD, in der die entsprechende technische Entwicklung später einsetzte, begann sich dieser Sockel chronischer Arbeitslosigkeit in den 70er Jahren auszubilden.

Westberlin ist von dieser Gefahr besonders bedroht. Von 1970 bis 1976 ist hier fast jeder dritte industrielle Arbeitsplatz vernichtet worden. Im Gegensatz zur Entwicklung in der BRD — mit der Westberlin wirtschaftlich eng verflochten ist und an der es auch gemessen wird — geht in Westberlin auch die Zahl der Erwerbstätigen seit 1971 ständig zurück, und die prozentualen Rückgänge sind, an denen in der BRD während der Krise von 1974 bis 1977 gemessen, meist beträchtlich höher, so daß auch die Arbeitslosenquote seit 1978 über der der BRD liegt.¹

Hängt die wirtschaftliche Aushöhlung nur von der geographischen Lage ab?

Das Auseinanderklaffen zwischen der Entwicklung der Produktionskapazitäten einerseits und des Marktes andererseits ist seit jeher die Hauptursache der Wirtschaftskrisen in der

kapitalistischen Marktwirtschaft gewesen. Als ein Moment des Gesamtprozesses, der heute besonders krasse Folgen in sich birgt, kommt hinzu, daß die technische Entwicklung im Zuge der ständigen Kapitalbewegungen, der Zentralisation des Kapitals, der Konzentration der Produktion usw., die Strukturen der gesellschaftlichen Produktion so verschiebt, daß einzelne Zweige zum Schrumpfen verurteilt oder ganze Gebiete in eine chronische, schleichende Krise gestürzt werden. Das gilt für Westberlin, aber Westberlin ist dabei kein Ausnahmefall. Die Folgen dieser Prozesse werden hier nur besonders plastisch sichtbar, weil Westberlin zu den Gebieten gehört, in denen sich die *Folgen spontaner, unregulierter, anarchischer kapitalistischer Rationalisierungen* zur Regionalkrise zusammenballen. Man führt das gemeinhin darauf zurück, daß die Stadt als Insel inmitten des sozialistischen Wirtschaftsraumes liege. Diese Art der „Lage“-Betrachtungsweise ist aber oberflächlich. Ökonomische Aushöhlungsprozesse ähnlicher Art zeigen sich überall im kapitalistischen Wirtschaftsraum, und von ihnen werden auch Gebiete betroffen, die zentral innerhalb etwa der Europäischen Gemeinschaft liegen, z. B. Elsaß-Lothringen, das Saarland, das Ruhrgebiet usw. Die unmittelbaren Ursachen der wirtschaftlichen Verödung sind dabei ganz unterschiedlich.

Im Saarland ist z. B. die Stahlindustrie der das ganze Gesicht der Wirtschaft und ihre Struktur bestimmende Zweig. Sie wird jetzt rationalisiert, und das heißt, daß drei von vier Stahlwerken geschlossen und rund 75 % der Beschäftigten des Zweiges entlassen werden. Die Folgewirkungen auf die gesamte Wirtschaft des Landes aber sind so stark, daß die Landesregierung nicht mehr mit der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung in einem überschaubaren Zeitraum rechnet. Durch vorzeitige Berentung und allerlei andere staatliche Maßnahmen sollen die Zahl der Erwerbstätigen zwar gesenkt, der Arbeitsplatzabbau gestreckt und das Arbeitsplatzangebot erhöht werden. Man muß sich die Konsequenzen einmal voll durchdenken: Das Saarland wird gewissermaßen zum Mezzogiorno (Süditalien) der BRD, und eine Landesregierung muß einem Viertel der Erwerbstätigen ihres Landes faktisch ein Gastarbeiterschicksal verkünden: Wenn ihr 1985 noch Arbeit finden wollt, so wandert aus!

Von der Lage allein kann die *wirtschaftliche Aushöhlung* einer Region also wohl nicht abhängen. In Westberlin ist sie auf Einflüsse zurückzuführen, die sich unter den Bedingungen kapitalistischer Marktwirtschaft mit Notwendigkeit ergeben mußten, weil man sich allein auf den kapitalistischen Wirtschaftsraum orientiert hat. Entscheidend sind dabei nicht die zusätzlich anfallenden Transportkosten und dergleichen, die die Waren verteuern. Das Ruhrgebiet steckt seit 20 Jahren in der Krise, obwohl es direkt an industrielle Ballungsgebiete des EG-Raumes angrenzt, infrastrukturell hoch entwickelt und auch transportmäßig mit den genannten Ballungsbereichen gut verbunden ist. Es geht also in erster Linie gar nicht um diese zusätzlichen Kosten, die im Falle Westberlins durch das Präferenzsystem mehr als ausgeglichen werden.

Westberlin wurde vielmehr durch seine ausschließliche Orientierung auf die BRD seiner ökonomischen Vorteilspositionen und damit eben jener Wachstums- und Verwertungspotenzen beraubt, die das Kapital magisch anziehen. Es ist ja nicht so, daß Westberlin nicht über Industriezweige verfügte, die in den verflossenen 30 Jahren schnell wuchsen. Im Gegenteil, hier waren die Elektroindustrie, die Chemische Industrie, der Maschinenbau u. a. beheimatet. Aber mit der Orientierung auf die BRD im kalten Krieg und den Destabilisierungsstrategien gegenüber den sozialistischen Staaten wurde die Stadt und wurden diese Industrien von einem Großteil der Märkte abgeschnitten, mit denen sie wirtschaftlich naturwüchsig verflochten waren. Sie erhielt jene Randposition, die ihr heute zu schaffen macht, und verlor trotz ihrer wachstumsträchtigen Zweige ihre inneren Wachstumspotenzen. Deshalb zog der Kapitalfluß an Westberlin vorbei, wurde die Stadt zu einem Gebiet ohne eigenständige Wachstumsimpulse, aus dem sich das Kapital mit seinen wichtigen Produktionen zurückzog.

An sich ist der Standort der Stadt sogar eher vorteilhaft. Unsere Partei hat schon oft darauf hingewiesen und den Gedanken an die Nutzung dieser Vorteile zu wecken versucht.² Schon

² Bericht des Parteivorstandes an den V. Parteitag der SEW, Protokoll der Verhandlungen des V. Parteitages der SEW, Westberlin 1977

die relativ kurze Zeit der Entspannung und der dadurch ermöglichten freieren Entfaltung des Handels mit den sozialistischen Ländern läßt den Umfang der Möglichkeiten erkennen. Der Warenaustausch mit der Sowjetunion hat sich z. B. von 1972 bis 1977 etwa versechsfacht. Aber nicht nur das. Die Handelsbilanz ist auch noch negativ (1977 standen rund 121 Mio. Rubel Westberliner Importen aus der Sowjetunion nur rund 35 Mio. Rubel Exporte in die Sowjetunion gegenüber), d. h., von der Zahlungsbilanz her ist hier noch ein großes Potential für die Steigerung der Westberliner Exporte offen.³ Es gibt auch Beispiele dafür, wie stimulierend sich *Wirtschaftsbeziehungen zum RGW-Raum* (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) auf den Außenhandel Westberlins ganz allgemein, also auch über diesen Raum hinausgehend, auswirken können, wenn sie wirklich kooperativ genutzt werden. Die Firma Berlin-Consult hat z. B. in Polen und in der DDR die modernsten Fleischverarbeitungsbetriebe Europas errichtet. Sie hat dabei als Generalunternehmer nicht nur die Produktionspotenzen unserer Stadt nutzbar machen, sondern darüber auch ein Know-how erwerben können, das ihr international Folgeaufträge bescherte; und zwar sowohl auf weiteren RGW-Ländern als auch auf der BRD und Jugoslawien. Die Lage Westberlins inmitten des sozialistischen Wirtschaftsraumes, der der Stadt durch seine eigenständige, planmäßige, stetige Entwicklung in besonderem Maße Wachstumsimpulse hätte vermitteln können, kann also durchaus als *Standortvorteil* gewertet werden; er ist nur, anders als beispielsweise in Österreich oder Finnland, nicht genutzt worden. Deshalb die Krise der Stadt, und deshalb werden auch die sozialen Probleme, die sich aus der kapitalistischen Rationalisierung ergeben, in unserer Stadt so massiv fühlbar wie in anderen besonders betroffenen Gebieten der kapitalistischen Welt.

Hat die Technik schuld an den sozialen Problemen?

Man muß sich darüber im klaren sein, daß sich die Zuspitzung der sozialen Probleme — allgemein, nicht nur unsere Stadt betrachtet — nicht etwa aus den spektakulären technischen Entwicklungen ergibt, auf die immer wieder als Ursache hingewiesen wird. Technische Fortschritte, die die produktive Kraft der menschlichen Arbeit in ähnlich spektakulärer Weise erhöhen, wie heute der Mikroprozessor, gibt es schon seit gut 20 Jahren. In allen Zweigen mit ausgesprochener Massenproduktion, in der Erdölverarbeitung ebenso wie in der Automobil-, der Nahrungs- und Genußmittelindustrie usw., machte die Produktionsautomatisierung Fortschritte und erhöhte sich die Leistungskraft der Maschinen und Anlagen auf das Zehn- bis Zwanzigfache und mehr. In dieser Leistungskraft aber lagen zugleich die Grenzen für den rentablen Einsatz dieser Technik. Nur wenige Kapitale verfügten überhaupt über Absatzgrößenordnungen und Marktanteile, die den Einsatz dieser Technik, von einzelnen Produktionen oder Abteilungen abgesehen, für sie profitabel werden ließen. Natürlich reizten die Möglichkeiten der Kapitalverwertung, die diese Technik bot, und so begann Anfang der 60er Jahre die Suche des Kapitals nach Formen für ihre Nutzbarmachung. Es stand aber doch kein echter Druck hinter diesem Konzentrationsprozeß des Kapitals, und so wurde er durch die konkurrenzbestimmten Interessen der individuellen Unternehmen und Konzerne immer wieder in Grenzen gehalten. Erst Anfang der 70er Jahre, als der Druck zunehmender Struktur- und Regionalkrisen wirksam wurde, begann die wirklich großangelegte Zusammenballung von Kapitalmassen mit dem Zweck, die Voraussetzungen für den durchgreifenden Einsatz dieser Technik zu schaffen.

Die Krise von 1974/77 beschleunigte diese Prozesse, und erst sie lieferten die Basis für jenen massiven Rationalisierungsprozeß, dem massenweise Arbeitsplätze und ganze Werke zum Opfer fallen und der ganze Regionen in die Krise stürzt. Dieser Zentralisationsprozeß des Kapitals fällt zugleich zusammen mit neuen technischen Entwicklungen wie etwa dem Mikroprozessor, die das Feld sprunghafter Steigerungen der Arbeitsproduktivität auf die Kleinserienproduktion, die Verwaltungsarbeiten usw. ausdehnen, d. h. die dem Kapital alle bisher ausgesparten Bereiche für die Rationalisierung öffnen und sie zugleich auch in das Feld

³ G. Kirillow, J. Ostaschkow, *Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Westberlin heute und morgen*, Konsequent 1/79, S. 76



Aussperrung bei Springer März 1978 (Foto: Krolow)

der öffentlichen Dienste vordringen lassen. Beide Prozesse liefen zusammen und führten dazu, daß das Ausmaß der Arbeitsplatzvernichtung seit Anfang der 70er Jahre zunehmend bedrohlichere Formen annimmt.

Wenn man bedenkt, daß diese Prozesse gewissermaßen erst am Anfang stehen, welche sozialen Folgen sie schon gezeitigt haben und welche Rationalisierungsmöglichkeiten dem Kapital mit der modernen Technik noch an die Hand gegeben sind, dann wird einem klar, daß hier Krisen und Probleme auf die arbeitende Bevölkerung zukommen, die einfach nicht mehr ohne Antwort bleiben dürfen. Die Frage ist, was kann man tun?

Durchgreifende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, die die Mechanismen der kapitalistischen Marktwirtschaft nicht berühren, d. h. die Grundlagen der gegebenen Wirtschaftsordnung, gibt es nicht. Deshalb spalten sich an dieser Frage auch die Kräfte, stoßen wirtschaftspolitische Maßnahmen an Grenzen, werden Kräfte freigesetzt, die sich jedem Durchstoßen dieser Grenzen widersetzen. Gerade weil es hier um die Bildung von politischen Kräfteverhältnissen geht und Klasseninteressen unmittelbar berührt werden, müssen sich manche der nach *demokratischen Auswegen aus der Krise* Suchenden aber auch von einigen Fetischismen freimachen, die mit dem Begriff „Marktwirtschaft“ verbunden sind und die uns offiziell und offiziös immer wieder suggeriert werden.

Tatsächlich gibt es nicht nur eine, sondern verschiedene Formen der Marktwirtschaft, aber

nur eine einzige, die kapitalistische, in der die Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse über den Profit vermittelt wird. Genau um diese Steuerungsfrage, d. h. um die Frage, woran sich die wirtschaftliche Entwicklung orientiert, geht es aber bei den in Frage stehenden Problemen und ihrer Lösung, und selbst die Mehrheit der arbeitenden Menschen nimmt es noch als quasi naturgegeben hin, daß sich der Wirtschaftsablauf am Profit und nicht an ihren Bedürfnissen orientiert. Es erscheint gemeinhin als normal, daß der Unternehmer zwischen Mensch und Maschine wählen kann, je nachdem, was für ihn günstiger ist, ja, daß er sogar gezwungen ist, die Maschine zu wählen und den Menschen vor die Tür seines Betriebes zu setzen, wenn dadurch wohlfeiler produziert werden kann. Für den Arbeiter verwischt sich auf diese Weise sein Verhältnis zum Kapital, und anstelle dessen entsteht für ihn ein Konkurrenzverhältnis zur Maschine, dem er sich beugen muß.

Probleme, die dem Arbeiter aus der technologischen Entwicklung erwachsen, erscheinen ihm so dieser technologischen Entwicklung selbst geschuldet und nicht der Tatsache, daß diese inhumane Entscheidung zwischen Mensch und Maschine durch die Bedingungen der kapitalistischen Marktwirtschaft gesetzt wird. Das kam sehr gut in einer Betriebsarbeiterdiskussion zum Ausdruck, die kürzlich in dieser Zeitschrift geführt wurde.⁴ Zum Instrument der Rationalisierung und nicht der Arbeitserleichterung oder der Schaffung von Freizeit wird die Technik durch die Profitorientierung der Wirtschaftsabläufe.⁵ Nur durch die Gesetze der kapitalistischen Marktwirtschaft und die Konkurrenz wird doch beispielsweise ein Betrieb pleite gemacht, der noch die alte Technik benutzen könnte, bis Alternativindustrien für die freigesetzten Arbeiter aufgebaut sind. Durch solche Fetischismen werden aber die Kräfte paralytisch, die notwendig sind, um wirklich wirksame Maßnahmen durchzusetzen.

„Wirtschaftswissenschaftliche Institute rechnen damit, daß in den nächsten 10 Jahren rund 40 Prozent aller bestehenden Arbeitsplätze durch technische Neuerungen und andere Produktionsverfahren zerstört werden . . . Mit wesentlich weniger Menschen produzieren die neuen Maschinen mehr und ‚kostengünstiger‘. In traditionellen industriellen Bereichen sinkt die Zahl der dort Beschäftigten auf ein Minimum. In den Verwaltungs- und Dienstleistungsbereichen zeichnet sich ab, daß sich diese Entwicklung sogar noch beschleunigen wird . . . Das ist die Logik einer Wirtschaftsordnung, in deren Mittelpunkt die ständige Jagd nach dem größtmöglichen Profit steht. Wenn dazu die alten Methoden nicht mehr genügen, werden eben neue Techniken und Technologien angewandt . . . Es geht . . . weder darum, den technischen Fortschritt zu verlangsamen, noch darum, die neuen Maschinen zu verschrotten. Es geht darum, die Möglichkeiten dieser Entwicklung denen nutzbar zu machen, die sie überhaupt erst vorangetrieben haben und die Grundlagen für jede Investition schaffen: den Arbeitern und Angestellten.“⁶

Schaffung von Arbeitsplätzen muß im Zentrum stehen

Neue Wege zur Schaffung von Arbeitsplätzen müssen also beschritten werden. Absolut sicher und in über zwanzigjähriger praktischer Erfahrung erhärtet ist die Tatsache, daß die staatliche Wirtschaftsregulierung bisheriger Art, über den Profitmechanismus, d. h. über die Unternehmergewinne, in bezug auf die Lösung dieser sozialen Probleme nichts taugt. Solche Regulierungen, ob in der Form von direkten Subventionen, verbilligten Krediten, Landerschließungen, steuerlicher Begünstigung oder in sonstigen Formen, haben sicherlich stimulierende Wirkungen gehabt, sie haben die Ausbildung neuer Produktionsstrukturen beschleunigt usw., aber sie hatten bestenfalls auch zur Folge, daß sich die neuen und die alten Strukturen überlagerten und dies dann verschärfend wirkte, wenn die zyklische Krise

4 Konsequent-Gespräch mit Arbeitern und Angestellten aus Westberliner Betrieben, Kapitalistische Rationalisierung: Erfahrungen der Arbeiter im Kampf um ihre sozialen und demokratischen Rechte, Konsequent 1/79, S. 20 f.

5 Wenn man von unseren Verhältnissen her gewohnt ist, die Technik als Instrument der Rationalisierung zu fürchten, ist es beeindruckend zu sehen, wie sie im Bewußtsein der Arbeiter in der DDR als Instrument der Arbeitserleichterung, Produktionssteigerung, besseren Bedürfnisbefriedigung usw. erscheint und geradezu begierig aufgegriffen wird.

6 Heinz Thomaszik, Der Kampf der SEW für die Durchsetzung der sozialen und demokratischen Interessen der Arbeiter, 9. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 20. 12. 1978, in: Konsequent 1/79, S. 140 f.

einsetzte. Inzwischen haben diese Maßnahmen eine Größenordnung erreicht, bei der fast die Hälfte aller Profite der Unternehmen in Industrie, Bauwirtschaft und Handel in der BRD im Jahre 1977 nach Steuern allein aus Subventionen und steuerlichen Erleichterungen bestanden.⁷ Dennoch haben sie die Verschärfung der Arbeitslosigkeit und die Ausbildung eines beträchtlichen Sockels chronischer Arbeitslosigkeit nicht aufhalten können. Auch was bisher an gezielten Sonderprogrammen zur Behebung von Struktur- und Regionalkrisen gelaufen ist, hat nur sehr begrenzte und vor allem kaum dauerhafte Ergebnisse gezeigt. In Westberlin hat die Industrie von 1970 bis 1976 ca. 26 Milliarden DM an Subventionen erhalten und im gleichen Zeitraum 73 000 Arbeitsplätze vernichtet. Für die Wirksamkeit dieser Form der Wirtschaftsregulierung typisch ist auch die Tatsache, daß es im letzten halben Jahr, nach der Neuaufstockung der Wirtschaftsförderung, der eigens zu diesem Zweck gegründeten Wirtschaftsförderungsgesellschaft zwar gelang, ein Investitionsvolumen für 400 bis 450 Arbeitsplätze für Westberlin zu sichern, gleichzeitig jedoch ein Vielfaches dieser Zahl an Arbeitsplätzen durch die großen Konzerne abgebaut wird; so etwa durch Konzerne wie Solex, Mannesmann, KWU, Loewe-Opta, Philips oder DIAG.⁸

Mit dieser Regulierung, die sich auf den Profit richtet, sich also an den Kapitalinteressen orientiert, und die über die Stimulierung des Profits dann indirekt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen wirken soll, kommt man also nicht weiter. Nötig sind direkt und unmittelbar auf die Schaffung von Arbeitsplätzen gerichtete Maßnahmen.

Die notwendige Verknüpfung einer auf Schaffung neuer Arbeitsplätze zielenden Politik mit den gewerkschaftlichen Forderungen nach Mitbestimmung und Kontrolle wird auf der 9. Tagung des Parteivorstandes der SEW am 20. 12. 1978 herausgestellt: „Alle Subventionen, Beihilfen und Steuerermäßigungen an die Großunternehmen müssen zwingend an den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen gebunden werden. In den Vergabebescheiden muß festgelegt werden, daß Zuschüsse in dem Maße gekürzt oder zurückgefordert werden, wie die angekündigte Zahl neuer Arbeitsplätze nicht geschaffen wird bzw. vorhandene Arbeitsplätze vernichtet werden. Die Kontrolle und Mitbestimmung der Belegschaften, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften über Investitionen, Produktion, Preispolitik und die Verwendung der Gewinne, über alle personalpolitischen Entscheidungen, den Arbeits- und Gesundheitsschutz und die berufliche Aus- und Weiterbildung muß gewährleistet werden. Die SEW unterstützt die gewerkschaftliche Forderung nach der Bildung von Wirtschafts- und Sozialräten zur überbetrieblichen Mitbestimmung, die das Recht erhalten müssen, bei der Struktur- und Investitionsplanung sowie der Vergabe von Krediten aus öffentlichen Mitteln mitzubestimmen.“⁹ Diese Kontrolle ist heute lebensnotwendig angesichts Zehntausender weggefallener Arbeitsplätze. In Betrieben und Gewerkschaften wächst die Erkenntnis, daß es nicht mehr darum geht, das Problem mit Abfindungen und Sozialplänen oder Profitsubventionen und „Berlinhilfe“ zu lösen.

Diese Erkenntnis findet sich auch in den jüngsten Forderungen des DGB-Landesvorstands, der aus seiner Kritik der Wirtschaftspolitik des Senats Schlußfolgerungen zieht: Im Punkt 2 des Forderungskatalogs in der Dokumentation des DGB wird verlangt, der Senat müsse „die Gewährung steuerlicher Präferenzen an die Unternehmungen von der tatsächlichen Erhaltung vorhandener und der Schaffung neuer Arbeitsplätze“ abhängig machen; Präferenzen sollen „mit einer bestimmten Verweildauer von Maschinen und Anlagen in unserer Stadt gekoppelt werden“¹⁰.

Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich macht weitere Maßnahmen erforderlich

Auch der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung — insbesondere gekoppelt mit der Forderung nach Schaffung neuer Arbeitsplätze — wird immer die Mechanismen der kapitalistischen

⁷ Nach Angaben des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Rau, vgl. Die Wahrheit, 1. 6. 79

⁸ Vgl. Die Wahrheit, 30. 7. 79

⁹ Heinz Thomaszik, a. a. O., S. 143

¹⁰ DGB-Dokumentation: Berlin braucht Ideen und Mut zu Entscheidungen. Dem Abbau der Arbeitsplätze muß endlich Einhalt geboten werden, vgl. Die Wahrheit, 8. 6. 79

Wirtschaft unmittelbar berühren. Die gewerkschaftliche Mobilisierung für das Ziel einer *Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich* kann sich zu einer Bewegung gegen die Arbeitslosigkeit entwickeln; die Durchsetzung dieses Ziels wäre ein wichtiger Kampfschritt in diese Richtung aus zwei Gründen: Einmal steigert sie die Zahl der Beschäftigten, und zum anderen verhindert sie die Einschränkung der gesellschaftlichen Gesamtlohnsomme, d. h. der zahlungsfähigen Gesamtnachfrage. Sie wirkt also auf die Beschäftigung, und sie wirkt auf den Markt. Auf diese Weise unterbricht sie einen wichtigen Zusammenhang im kapitalistischen Krisenmechanismus — Arbeitslosigkeit bedeutet stets Senkung der zahlungsfähigen Nachfrage, also Schrumpfung des Marktes und damit wiederum, in wichtiger Wechselwirkung, Senkung der Produktion, Entlassungen . . . —, durch den sich die Krise vertieft. Die Sicherung der Beschäftigung und der Löhne durchschneidet diesen Zusammenhang und stützt so die Konjunktur. Eine erprobte Wirkung: Solange die Krisen nach dem zweiten Weltkrieg nicht voll auf die Beschäftigung durchschlugen und die Lohnabhängigen trotz der Krise Tariflohnsteigerungen durchsetzen konnten, die den Rückgang der Reallöhne bremsen, gab es noch in jeder Krise eine Periode, in der die Konjunktur von den Löhnen „getragen“ wurde, wie man das öffentlich nannte. Theoretisch wie praktisch spricht also alles für eine solche Arbeitszeitverkürzung.

Löhne sind aber nicht nur ein Markt-, sondern auch ein Kostenfaktor für das Kapital. Eine Arbeitszeitverkürzung verteuert die Produktion und berührt den Profit. Eventuell wird so die Tendenz zur Abwanderung des Kapitals in solche Länder verstärkt, in denen die Profite höher sind. Wenn man die Arbeitszeit verkürzen will, muß man also der Kapitalwanderung einen Riegel vorschieben. *Man muß also in den kapitalistischen Konkurrenzmechanismus eingreifen*. Das ist eine praktische Frage, die mit der Aufhebung des Kapitalverhältnisses an sich noch nichts zu tun hat. Es geht einfach um die Sicherung der Arbeitsplätze, und da dies mit kurzfristiger Wirkung nicht anders als über eine solche Verkürzung der Arbeitszeit möglich ist, muß man durch Abschneiden solcher Fluchtwege verhindern, daß sich die Arbeitszeitverkürzung auf diese Weise wieder in eine Arbeitsplatzvernichtung umsetzt, wie es an sich den Gesetzmäßigkeiten der Kapitalbewegung entspräche. Das Kapital muß halt neue Bereiche erschließen: Umweltschutz, Alternativenergien, Alternativindustrien oder alternative Lösungen schlechthin. Gesellschaftlich notwendige Aufgaben gibt es genug. Aber andere Wege der Kapitalwanderung, die zur Verlagerung gesellschaftlicher Ressourcen und entsprechender Arbeitsplatzvernichtung führen, müssen unterbunden werden. Es gibt keine Alternative, wenn Schritte zur materiellen Absicherung des Rechts auf Arbeit unternommen werden sollen, wozu der Senat von Westberlin übrigens von der Verfassung her in die Pflicht genommen ist.

Die Möglichkeit einer gesetzlichen Regelung muß auch bei gewerkschaftlichen Forderungen gebührend berücksichtigt werden. Die Bedeutung betrieblicher oder zweiglicher Regelungen wird dadurch nicht aufgehoben. Im Gegenteil, ungleiche Konkurrenzverhältnisse bergen ein Konfliktpotential, und eine zweigliche Regelung bricht zugleich die betroffenen Unternehmer aus der Widerstandsfront heraus. Der Stahlarbeiterstreik in der BRD in diesem Jahr hätte so Signalwirkungen haben können, wenn er den Durchbruch zur Arbeitszeitverkürzung gewonnen hätte. Man muß aber klar erkennen, daß Regelungen auf betrieblicher oder zweiglicher Ebene nur gegen den härtesten Widerstand und durch einen intensiven Kampf um reale Mitbestimmung und Kontrolle zustande kommen können.

Eine betriebs- oder zweigspezifische Regelung ist dann eher durchzusetzen, wenn das Kapital trotz dieser Regelung immer noch billiger produziert als jede mögliche Konkurrenz. Insgesamt gesehen sind diese Probleme aber kaum auf betrieblicher oder zweiglicher Ebene einer Lösung zuzuführen, sondern nur auf politischer Ebene, durch eine gesetzliche, allgemeinverbindliche Regelung. Dadurch wird die Sache aber auch wieder schwierig.

Die Produktion ist heute weltweit organisiert, und zwar sowohl in bezug auf arbeitsteilige Verflechtungen und Absatzmärkte als auch in bezug auf die Konkurrenz. Die Arbeitszeit national zu verkürzen, heißt das nationale Kapital in seiner Konkurrenzfähigkeit zu beschränken. Auf eine internationale Regelung zu warten, heißt die Sache auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu verschieben. Da die sozialen Folgen kapitalistischer Rationalisierung aber ohne eine solche Arbeitszeitverkürzung nicht schnell in den Griff zu kriegen sind,

muß man sie national und sogar bereichsbezogen durchsetzen.

Es nutzt gar nichts, die Heiligkeit der Mechanismen der Marktwirtschaft zu beschwören. Das ganze große Unternehmertum durchbricht diese Mechanismen ohnehin ständig und nutzt sein Monopol weidlich aus, um Konkurrenzwängen auszuweichen und Krisenfolgen von sich abzuwälzen, und der Staat hilft dabei kräftig mit; jede Subvention, steuerliche Vergünstigung usw. verbessert ebenso die Konkurrenzposition der bevorzugten Kapitale wie der Schutz ihrer Märkte durch Zölle etc. Es geht bei den Eingriffen also nur darum, den Schutz umzupolen auf den *Bereich der sozialen Belange der werktätigen Menschen*.

Dabei ist es mit der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich nicht getan. Sie ist wichtig, um sofort und unmittelbar wirksam die Folgen des Arbeitsplatzabbaues bekämpfen zu können, aber sie ändert nichts an dem anarchischen Ablauf der Prozesse, der die Probleme immer wieder von neuem und in immer größerem Umfange stellt. Wirklich in den Griff bekommt man die Sache nur, wenn man regulierend in die Prozesse selbst eingreift und den Abbauprozessen alternative Aufbauprozesse entgegensetzt, die sich an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung orientieren; die also nicht nur schlechthin Arbeitsplätze schaffen, sondern, beispielsweise, durch den Ausbau des Bildungswesens gleich auch darauf ausgerichtet werden, die Frage der *Qualifizierung des arbeitenden Menschen* entsprechend den heute gesetzten Bedingungen schneller technischer Entwicklung zu lösen. Auch andere Bedürfnisse können Zielstellungen für Regulierungen bieten. Es geht aber immer darum, daß im Zentrum der Zielstellungen wirtschaftlicher Entwicklung und entsprechender wirtschaftspolitischer Eingriffe unmittelbar die gesellschaftlichen Bedürfnisse stehen, denn nur so kann man langfristig tragende wirtschaftliche Strukturen entwickeln.

Mit Profitanregungen ist es dabei nicht getan. Wenn man Struktur- oder Regionalkrisen zu Leibe rücken will, muß man den ganzen dort gegebenen Wirtschaftsorganismus neu strukturieren. Schreibt man die Wirtschaftsgeschichte Westberlins, so wird man auf seine großen Industrien stoßen, die Ursachen ihrer Entstehung und ihres Wachstums, die



Beziehungen, in die sie gebettet sind und die sie ihrerseits tragen, die von ihnen ihre Impulse empfangen. Gerade weil Regionen immer gewachsene Lebenszusammenhänge bilden, haben auch die Unternehmen nur kurze Lebensfähigkeit, die sich auf Grund künstlich geschaffener Profitbedingungen in solch einer Region ansiedeln, ohne sich organisch in ihr Wirtschaftsgefüge einfügen zu können; oder sie haben zwar lange Lebensfähigkeit, weil sie in größere Zusammenhänge eingebunden sind, tragen eben deshalb aber auch nur wenig zur Entwicklung des eigenen Gebietes bei wie etwa die Zigarettenindustrie in Westberlin oder die Bauxitproduktion in Guinea.

Alternative Wirtschaftspolitik heißt: Alternative zur Profitmaximierung

Hier zeichnet sich ein Grundproblem ab, von dem der Staat bei seiner Wirtschaftspolitik ausgehen müßte, wenn er die Dinge in den Griff bekommen will: Wie ist die Wirtschaftsförderung gezielt auf die Schaffung neuer tragender Grundlagen für das Wirtschaftsleben Westberlins auszurichten? In unserer Stadt kann man die Auswirkungen der zentripetalen Kraft der großen kapitalistischen Ballungsgebiete z. B. nicht aufheben, weil man die Randlage der Stadt in bezug auf den kapitalistischen Wirtschaftsraum nicht aufheben kann. Eine eigenständige zentripetale Kraft kann hier nur entstehen, wenn neue Strukturen geschaffen werden, die auf der zentralen Lage Westberlins in bezug auf den sozialistischen Wirtschaftsraum beruhen.

Hier muß also echte *Entwicklungspolitik* getrieben werden statt Subventionspolitik, d. h., hier müssen langfristig geplante und in großem Maßstabe tragende Strukturen neu aufgebaut und mit dem wirtschaftlichen Gefüge anderer Länder verzahnt werden. Es geht ja nicht um irgendwelche Impulse für das Leben der Stadt, sondern um die Gegensteuerung gegen den Aushöhlungsprozeß und die Kompensation massenhafter Arbeitsplatzvernichtung. Dabei müssen auch Zweige entwickelt werden — das ist ein weiteres Problem —, die in großem Maßstab arbeiten, d. h., die vom Markt oder von den gesellschaftlichen Bedürfnissen her schon auf massenhafte Produktion angelegt sind und von denen dann weitere Entwicklungsimpulse ausgehen. Wie wenig hier der kapitalistische Entwicklungsmechanismus noch ausrichten kann und wie sehr hier der Staat in der Verantwortung steht, zeigt sich, wenn man die Frage konkret angeht. Als ganz praktisches Beispiel möchte ich wieder die Stahlindustrie nehmen. Wo die neuen großen Produktionskomplexe des Stahls konzentriert werden, gehen von ihnen beträchtliche Entwicklungsimpulse auf das Gebiet aus; es sind immerhin 50 000 bis 100 000 Beschäftigte in solch einem Komplex. Aber die Stahlkomplexe selber können nur entstehen, wenn der Staat ihre Entwicklung konzentriert vorantreibt und auf Jahre hinaus subventioniert.

Noch schwieriger wird die Sache, wenn es gilt, große Produktionen aufzubauen, für die sich aus den bestehenden wirtschaftlichen Gegebenheiten kein ausreichender Markt ergibt. Dann müssen Zweige aufgebaut werden, die sich aus der *Prognose* der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung und ihres daraus resultierenden Bedarfs ergeben. Diese Frage stellt sich z. B. präzise in jenen Gebieten, in denen die Stahlwerke stillgelegt werden, weil anderswo die neuen Produktionskomplexe entstehen. Sie stellt sich präzise für Westberlin, denn mit Zuliefer- oder Marktückepproduktionen ist für eine solche Stadt keine dauerhafte wirtschaftliche Grundlage zu schaffen. Hier müssen neue Industrien her.

Was dabei *grundsätzlich veränderte gesellschaftliche Verhältnisse* bewirken, sei am Beispiel Mecklenburgs/DDR (jetzt Bezirk Rostock) gezeigt. Dieser Bezirk entsprach früher wirtschaftlich Schleswig-Holstein/BRD. Hauptwirtschaftszweig war die Landwirtschaft. Für beide Gebiete war die Krise also gewissermaßen vorprogrammiert, denn in kaum einem Zweig haben sich die Produktivkräfte in den letzten Jahrzehnten so rapide entwickelt wie in der Landwirtschaft. In der BRD verloren Millionen Bauern ihre Höfe. Das Land Schleswig-Holstein ist noch heute ein Notstandsgebiet. Anders im früheren Land Mecklenburg. Um die sozialen Probleme zu meistern und das zurückgebliebene Land überhaupt zu entwickeln, wurde eine Werftindustrie aufgebaut. Von vornherein groß angelegt und technologisch auf Spitzenstand, begann unter sozialistischen Bedingungen die

Serienproduktion im Schiffbau. Ein neuer Zweig wurde aus dem Boden gestampft, faktisch ohne Fundament an Betrieben, Arbeitern und Ingenieuren, auf einer technologischen Basis, für die es kein Vorbild und keine Arbeitserfahrung gab. Dreistellige Millionensummen muß das an Investitionen gekostet haben, und es versteht sich von selbst, daß ein solcher Zweig auch noch auf Jahre hinaus subventioniert werden mußte, denn nach Erfahrungswerten dauerte es sicherlich ein Jahrzehnt und mehr, ehe er rentabel wurde.¹¹ Dafür ist Mecklenburg zu einem blühenden Industriegebiet geworden und der Schiffbau einer seiner tragenden Zweige, hochrentabel, in das Wirtschaftsgefüge der ganzen DDR integriert und Impulse weit über den Bezirk hinaus ausstrahlend.

Eine Entwicklungspolitik, wie man sie braucht, um solche Probleme in den Griff zu kriegen, muß also groß und langfristig angelegt sein. Sie kann sich nicht an herkömmlichen Rentabilitätsgesichtspunkten orientieren, am individuellen Profitgesichtspunkt, sondern an den Bedürfnissen gesellschaftlicher Entwicklung; ich würde sagen gesellschaftlicher Wohlfahrt, wenn mit dem Begriff Wohlfahrt nicht gleich die enge Begrenzung auf Sozial-, Gesundheitswesen etc. mit ins Spiel käme. Und der Staat muß sich selbst zielgerichtet, langfristig, planmäßig und auf die zentralen Aufgaben konzentriert engagieren. Es geht immer um kompakte, an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientierte Projekte, die bis an die Rentabilitätsschwelle gebracht werden, d. h., die durchgezogen werden müssen, bis sie in das Gefüge der gesellschaftlichen Produktion integriert sind und es mit tragen.

Selbstverständlich ist eine solche Wirtschaftspolitik vom kapitalistischen Staat nicht zu erwarten. Hierzu bedarf es des massiven Drucks der Arbeiter und Angestellten und ihrer Organisationen, um *diesen* Staat zu einer veränderten alternativen Wirtschaftspolitik zu zwingen.

Bisher bin ich davon ausgegangen, daß sich diese Prozesse weiter im systemeigenen kapitalistischen Rahmen vollziehen. Es ist zwar sichtbar geworden, daß *der Profitmechanismus und die staatliche Entwicklungsregulierung über diesen Mechanismus versagen* und der Staat sich langfristig, planmäßig, gezielt und massiv engagieren muß. Das könnte zwar in Formen geschehen, die den kapitalistischen Rahmen nicht sprengen; zielgerichtete und zweckgebundene Investitionszuschüsse, Subventionen, Kreditverbilligungen usw., d. h. Absicherung der Kapitalverwertung — zumindest der Kostendeckung — und Abnahme des Kapitalrisikos bis zur Rentabilitätsschwelle der Betriebe.

Aber hier liegt auch eine *zentrale* Frage wirtschaftspolitischer Diskussionen: Welche Auswirkungen zeitigt die Verflechtung von Staat und großem Kapital? Wie kann eine Veränderung des Kräfteverhältnisses erreicht werden, die der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften die verstärkte Einflußnahme auf die Wirtschaftspolitik ermöglicht? Wie kann die Zielrichtung staatlicher Eingriffe verändert werden?

Ausschaltung der Einflüsse des Konkurrenzmechanismus — im systemeigenen Rahmen zu lösen?

Die Umorientierung auf die Interessen der Arbeitenden setzt *grundlegende Eingriffe in die kapitalistische Konkurrenz* voraus.

Bei den Entwicklungsprojekten geht es jedesmal um Großobjekte, die erst nach Jahren rentabel werden. Absicherung der Kapitalverwertung und Abnahme des Risikos genügen nicht, um solche Entwicklungen gesellschaftlich fruchtbar werden zu lassen. Man würde Investitionsruinen schaffen, denn die Rentabilitätsschwelle würde nie erreicht und die Investitionsmittel würden sogar vernichtet, wenn nicht gleichzeitig der Aufbau konkurrierender Betriebe oder der Druck ausländischer Konkurrenz unterbunden wird, d. h., die ganze Entwicklung würde gefährdet, wenn man die mannigfaltigen Störfaktoren aus Konkurrenz- und profitbestimmten individuellen Konzerninteressen nicht ausschaltet.

Die Werftindustrie der DDR war auf dem Weltmarkt ganz sicher jahrelang nicht konkurrenzfähig. Sie wäre vernichtet und die ganze darauf aufbauende Entwicklung des

¹¹ Jahre später unternahm der amerikanische Konzern Litton Ind., ein Multi, ebenfalls den Versuch, zur Serienproduktion im Schiffbau überzugehen. Er ging daran pleite, d. h., er konnte nur deshalb überleben, weil die amerikanische Marine schließlich die Kosten übernahm.

Gebietes unterbunden worden, wenn man sie nicht gegen die Konkurrenz abgeschottet und in die festen Absatzbeziehungen des sozialistischen Wirtschaftsraumes eingebunden hätte. Der Erfolg hat sich gezeigt. Umgekehrt mußte man in Frankreich die Stilllegung des neubauten und bis zur zweiten Ausbaustufe fertigen Stahlwerkkomplexes in Fos bei Marseille ins Auge fassen, weil der zweite neue und günstiger gelegene Komplex bei Dinkirchen, fast gleichzeitig errichtet, unter dem Druck der ausländischen Konkurrenz und der alten Kapazitäten in Lothringen und in Fos nicht auszulasten und schon gar nicht bis zur dritten eigentlich notwendigen Ausbaustufe zu bringen ist. Man kann solche Prozesse also nicht mehr anarchisch und allen möglichen konkurrierenden privatkapitalistischen Einflüssen ausgesetzt ablaufen lassen!

Es war richtig, daß wir die Frage der Verwirklichung des Menschenrechts auf Arbeit und soziale Sicherheit in unserem Wahlprogramm, in den Wahlversammlungen, den Foren, den Aussprachen mit Arbeitern und in vielen Einzelgesprächen in den Mittelpunkt gestellt haben. Denn das war und bleibt das sozialpolitische Problem Nr. 1 in unserer Stadt. Es bewegt zusammen mit uns die sozialdemokratischen, die christlichen und parteilosen Arbeiter. Das bietet viele Voraussetzungen, um zum gemeinsamen Handeln zu kommen und zugleich auch Einsichten in die kapitalistischen Besitz- und Machtverhältnisse, in die Notwendigkeit von Veränderungen zugunsten der arbeitenden Menschen zu fördern. Deshalb ist klar, liebe Genossen, daß die Forderungen nach sicheren Arbeitsplätzen, nach Arbeiterleichterungen, nach Arbeitszeitverkürzung, nach einem gesicherten Einkommen und sicheren Renten, nach Mitbestimmung der Arbeiter, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften über alle wichtigen Fragen im Betrieb und in der Wirtschaft ihre grundsätzliche Bedeutung mit den Wahlen nicht verloren haben, sondern aktuell wie eh und je sind.

Es war richtig, immer wieder in den Mittelpunkt die Tatsache zu stellen, daß entscheidende Veränderungen zugunsten der arbeitenden Menschen in unserer Stadt nur durch die Einschränkung und schließliche Überwindung der Macht des Großkapitals zu erreichen sind. Mit der Zuspitzung der Konflikte und Widersprüche wird für die arbeitenden Menschen immer deutlicher werden, daß diese grundlegende Position letzten Endes bestimmend für die Entschiedenheit und den Erfolg des Kampfes gegen das Großkapital ist. Sie verleiht unserer Partei ihr unverwechselbares sozialistisches Profil.

Horst Schmitt, Die nächsten Aufgaben der SEW im Kampf für die sozialen und demokratischen Rechte der arbeitenden Bevölkerung Westberlins, in: Konsequenz 2/79

Das gilt auch für die Abbauprozesse der alten Industrien und den Aufbau von Alternativindustrien. Man kann nicht zulassen, daß die wirtschaftliche Basis einer Region durch die spontanen Wirkungen von Konkurrenzdruck, Krise und Konzernplanung vernichtet wird, ehe die Lebensfähigkeit und Entwicklung der alternativen Lösungen gesichert sind. Aus der Langfristigkeit der Aufbauprozesse folgt also auch, daß die Abbauprozesse kontrolliert und reguliert ablaufen müssen. Konkret bedeutet dies, daß vergleichsweise veraltete Betriebe aufrechterhalten und in Absatzbeziehungen fest eingebunden werden müssen, obwohl neben ihnen bereits modernste Werke die Arbeit aufnehmen, mit denen sie an sich gar nicht konkurrieren können. Aufbau- und Abbauprozesse müssen koordiniert werden und aufeinander abgestimmt verlaufen.¹²

12 Ein beeindruckendes Beispiel findet man hier wieder im Zentrum der Porzellanindustrie der DDR, Kahla. Dort werden die Rationalisierungsprozesse planmäßig, aber über die Zeit verteilt, vorangetrieben. Werke mit hohem Anteil an Handarbeit arbeiten dort neben vollautomatisierten Betrieben so lange weiter, bis die Bedingungen für ihre Automatisierung bei gleichzeitiger Lösung der sozialen Probleme geschaffen worden sind.

Das alles sind Probleme, in Umrissen gezeigt, die sich heute als praktische Fragen stellen und der Lösung bedürfen. Inwieweit sie im systemeigenen Rahmen zu lösen sind, wird sich zeigen müssen. Wie kann man z. B. den Rationalisierungsprozeß bei der Solex-Vergasergesellschaft oder die Stilllegung bestimmter Produktionen in Westberlin stoppen und bis zum Aufbau alternativer Industrien aufschieben? Wie soll man diese Werke in feste Absatzbeziehungen einbinden, wenn man diese Beziehungen nicht ebenfalls im Griff hat, wenn die Entwicklungen auf beiden Seiten — Produzent und Abnehmer — nicht aufeinander abgestimmt werden? Es gibt also eine Fülle von Fragen, die über die Systemgrenzen hinausweisen. In jedem Falle zeigt sich aber, daß massive staatliche Eingriffe in den kapitalistischen Entwicklungsmechanismus notwendig sein werden. Der Staat muß nicht nur Entwicklungspolitik betreiben und sich darin engagieren, sondern er muß auch alle konterkarierenden Einflüsse, die aus dem kapitalistischen Konkurrenzmechanismus stammen, ausschalten und die dem Kapital eigenen Orientierungsmaßstäbe durch andere Maßstäbe ersetzen.

Hierzu wird sich der kapitalistische Staat freiwillig nicht bereitfinden. Daß er allerdings zu Maßnahmen im Interesse der Arbeiterklasse gezwungen werden kann, belegt die Geschichte der Arbeiterbewegung. Dieser Kampf der werktätigen Bevölkerung wird heute — bezogen auf eine alternative Strukturpolitik — dadurch unterstützt, daß mit einer alleinigen Orientierung auf die kurzfristigen Profitinteressen, insbesondere des Monopolkapitals, der gesamte kapitalistische Reproduktionsprozeß zunehmend gefährdet wird, was selbst dem bürgerlichen Staat nicht gleichgültig sein kann.

Theoretisch könnten Zweige, die durch staatliche Entwicklung bis zur Rentabilitätsschwelle gebracht worden sind, wieder vom Kapital übernommen und weiter betrieben werden, weil in diesem Moment die Triebkraft Profit wieder wirkt. Freilich wäre dann auch die Frage zu stellen, warum das Kapital den Nutzen aus Zweigen ziehen sollte, deren Entwicklungskosten und -risiko der Staat über die Steuereinnahmen getragen hat, zumal sie der Staat auch wieder übernehmen muß, sobald in der Weiterentwicklung die kapitalistischen Grenzen wieder fühlbar werden. Aber das ist eine Frage, die von der arbeitenden Bevölkerung selbst, im Zuge ihrer Erfahrungen, entschieden wird. Vorrangig ist dabei zu untersuchen, wessen Interessen wie und zu wessen Lasten über den Staat zum Tragen kommen. Wahrscheinlich wird die Entwicklung staatlicher Grundsektoren erforderlich sein, um tragende Strukturen aufzubauen. Soweit praktische Erfahrungen vorliegen, lassen sie doch erkennen, daß privates Kapital nicht in der Lage ist, selbst bei massiver staatlicher Förderung, solche Entwicklungsaufgaben in ausreichendem Maße und Tempo voranzutreiben oder gegenüber konterkarierenden Prozessen abzuschirmen (im Gegenteil: hohe staatliche Förderung reizt ja geradezu dazu, von allen Entwicklungszielen abzusehen und sie zur reinen Profitquelle zu machen; siehe Steglitzer Kreisel usw.). Auf der anderen Seite zwingt eine Dauerarbeitslosigkeit, die durch jede Rationalisierungswelle aufgestockt wird, zum Umdenken. Der Staat muß seine wirtschaftspolitischen und ökonomischen Potenzen in den Dienst einer an den Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung orientierten Entwicklungspolitik stellen, ohne sie durch Fetischismen in Rahmenbedingungen pressen zu lassen, die sie wirkungslos machen und allenfalls in Profitquellen umsetzen.

Dies bedeutet, daß die Arbeiter und alle Werktätigen mehr Einfluß auf alle ihr Leben berührenden wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen bekommen müssen und daß dieses Ringen um mehr Einfluß „hingeführt werden muß zur Kontrolle der Arbeiter und Angestellten, ihrer Betriebsräte und Gewerkschaften über die Produktion, über die Preispolitik, über die Höhe und Verwendung der Gewinne, über die Festlegung der Dividenden und die Investitionsmaßnahmen“¹³.

Die Wirtschaft ist nicht dazu da, als Tummelplatz individueller Profitinteressen zu dienen, sondern sie muß zu dem gemacht werden, was sie zu sein hat: ökonomische Basis gesellschaftlicher Entwicklung zur Befriedigung der Bedürfnisse der arbeitenden Menschen.